



Polizeifunktion der Bundesärztekammer ist keine Lösung!

Polizeifunktion der Bundesärztekammer ist keine Lösung!

Berlin/ Worms, 15.01.2013. Eine Art Polizeifunktion der Bundesärztekammer forderte Dr. Montgomery in seiner Funktion als Präsident der Bundesärztekammer am Wochenende in einem Interview.
DGVP-Präsident Wolfram-Arnim Candidus nimmt hierzu folgendermaßen Stellung:
"Seit über 50 Jahren habe ich Erfahrung im Umgang mit Ärzten im In- und Ausland. Selbst unter Berücksichtigung der aktuellen Drangsalierung der deutschen Ärzteschaft sowie der Patienten durch die Politik, verbunden mit den machtvollen gesetzlichen Krankenkassen, hat mich diese Forderung des Landesvertreters der deutschen Ärzteschaft außerordentlich überrascht."
"Als Präsident der DGVP wünsche ich mir, dass wir - Ärzte und Patienten gemeinsam - im Interesse des Erhalts und Ausbau von Qualität in der Versorgung, Behandlung und Betreuung der Bürger ein "Register Fehlverhalten der Krankenkassen" fordern und realisieren. Anstelle einer Polizeibehörde der Ärzteschaft innerhalb der Bundesärztekammer wäre es notwendig, gemeinsam eine Initiative "Gesundheit" zur Zukunftssicherung der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung der Bevölkerung zu bilden. Wir, Ärzte und Patienten, brauchen dringend mehr Transparenz hinsichtlich der Strategien und der Verwendung der Versichertenbeiträge durch die Krankenkassen. Damit könnte die dort vorhandenen Fehlentwicklungen gebremst werden.
Deshalb schlagen wir Dr. Montgomery vor, sich alleine oder gemeinsam mit uns und anderen um folgende Themen zu kümmern: Verbesserung der Vergütung, stärkere Vernetzung der Berufsgruppen in der Versorgung, Herstellung sinnvoller Arbeitsbedingungen in der stationären und ambulanten Versorgung, Herstellung von Qualität in allen Bereichen des Gesundheitswesens."
"Die nachhaltige destruktive Einwirkung der Krankenkassen und der Politik auf die Leistungen für die Bürger/ Patienten und die Vergütung für Ärzteschaft sowie aller Gruppierungen der Versorgung im Gesundheitswesen führt zu Qualitätseinbußen und Risiken - für die Ärzte, Therapeuten, die Pflegemitarbeiter und die Patienten. Die Rationierungswut der Krankenkassen steigert sich kontinuierlich zu Lasten der Patienten. Deshalb fordert die DGVP vom Präsidenten der Bundesärztekammer, sich für die Ärzteschaft und die Patienten einzusetzen."
"Der ausufernde Leistungsdruck auf die Ärzteschaft, die Berufsgruppen und Einrichtungen muss zwangsläufig zur Zunahme von Fehlern führen und verursacht zusätzlich Existenznöte bei den Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung.
Der Tatbestand, dass nach Aussagen der Bundesärztekammer rund 1.000 Ermittlungsverfahren von 17 deutschen Ärztekammern durchgeführt werden mussten, reicht nach meiner Überzeugung nicht aus, die gesamte Ärzteschaft durch eine "Polizeifunktion" der eigenen Standeseinrichtung zu drangsalieren. Hinzu kommt, dass davon etwa die Hälfte der Ermittlungsgründe in Zusammenhang mit einem Pharmahersteller entstanden sind."
"Die Forderung ist populistisch und scheint das Ziel der eigenen besseren Positionierung von Herrn Dr. Montgomery zu haben - anders kann ich die Forderung nach einer "Polizeifunktion" nicht verstehen.
Sofort rufen Politiker wie etwa Herrn Lauterbach nach einem Register für "Risikoärzte". Ich fordere von der Politik, sich dafür einzusetzen, dass die vorhandenen exzellenten Fähigkeiten der deutschen Ärzteschaft und anderer Berufsgruppen nicht durch unqualifizierte Maßnahmen und Aussagen in der Öffentlichkeit in Misskredit geraten. Dies hilft weder dem Politiker, noch dem Bürger, erst recht aber nicht den gesamten Strukturen der Versorgung."
Es gibt Kontrollinstanzen der Ärztekammern, der Kassenärztlichen Vereinigungen usw. Durch die konsequente Nutzung dieser Möglichkeiten können die bestehenden, zukünftigen und immer vorhandenen Fehlentwicklungen in einer Berufsgruppe, wie der Ärzteschaft, limitiert werden. Dazu bedarf es keiner gesonderten neuen Installationen von Kontrollorganen, sondern einer wirksamen Interessenvertretung der Ärzteschaft gegenüber der Politik und den Krankenkassen und zwar im gemeinsamen Interesse der Ärzteschaft und der Patienten.
Das deutsche Gesundheitswesen braucht keine weiteren unsachlichen Vergiftungen, sondern die Notwendigkeit zur gemeinsamen Neuausrichtung der gesamten Versorgungs- und Vergütungsstrukturen."

Pressekontakt

Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP)

64646 Heppenheim

Firmenkontakt

Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP)

64646 Heppenheim

Die D G V P ist eine unabhängige Interessenvertretung von Versicherten und Patienten.